

Haftungsfragen für Abfallbeauftragte

**Vortrag anlässlich des 9. Krankenhaus-Umwelttags NRW
Workshop 2 – Abfallrecht im Krankenhaus – Aktuelle Entwicklungen
am 02.10.2013 in Gelsenkirchen**

Vortrag von
Rechtsanwalt Ludolf C. Ernst
Köhler & Klett Rechtsanwälte Partnerschaft

Haftungsbegründende Umstände

Aufgaben der Betriebsbeauftragten für Abfall

Straf- und ordnungsrechtliche Risiken

Sonstige Konsequenzen von Pflichtverstößen

Haftung kann begründet werden durch

- **positives Tun**

wie z.B.

unsachgemäße Entsorgung von Abfällen oder Abwasser,
sorglosen Umgang mit boden-, wasser- oder sonst umweltgefährdenden Stoffen

- **Unterlassen**

Voraussetzung: Garantenpflicht,

d.h. der Unterlassende („Nicht-Handelnde“) hat rechtlich dafür einzustehen, dass ein tatbestandlicher Erfolg (z.B. Verwirklichung einer Umweltstraftat oder einer Ordnungswidrigkeit) nicht eintritt.

Garantenpflicht

- **Beschützergarant**

hat im Rahmen von Obhutspflichten rechtlich dafür einzustehen, dass ein ihm anvertrautes Schutzgut keinen Schaden nimmt

Bsp: Beaufsichtigung von Kindern durch Eltern oder Erzieher

- **Überwachergarant**

hat rechtlich dafür einzustehen, dass aus einer Gefahrenquelle keine Schäden entstehen

Bsp: Sicherung von Abfällen in einem Krankenhausbetrieb

Entstehen der Garantenpflicht

- aus der Eigenschaft als Inhaber oder leitender Angestellter eines Betriebs
(z.B. Einzelinhaber, Geschäftsführer, kaufmännische / technische Leitung)
- auf Grund gesonderter Beauftragung durch die Geschäftsleitung
(z.B. durch Bestellung als leitende und beaufsichtigende Person in einem Entsorgungsfachbetrieb oder Beauftragung mit der Wahrnehmung von Unternehmerpflichten im Zusammenhang mit der Beförderung von Gefahrgütern)
- auf Grund der Bestellung zu Betriebsbeauftragten für Abfall?

§ 60 KrWG

- **Beratung** des Betreibers und der Betriebsangehörigen in Angelegenheiten, die für die Abfallvermeidung und Abfallbewirtschaftung bedeutsam sein können
- Berechtigt und verpflichtet,
 - den **Weg der Abfälle** von ihrer Entstehung bis zur Verwertung oder Beseitigung zu **überwachen**
 - die Einhaltung des KrWG und des untergesetzlichen Regelwerks zu überwachen, insbesondere durch **Kontrolle** der Betriebsstätte, der Art und Beschaffenheit der im Betrieb anfallenden, verwerteten oder beseitigten Abfälle **in regelmäßigen Abständen**, **Mitteilung** festgestellter Mängel und **Vorschläge** zur Mängelbeseitigung
 - **Betriebsangehörige** über mögliche Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit durch im Betrieb anfallende, verwertete oder beseitigte Abfälle sowie über Einrichtungen und Maßnahmen zur Verhinderung von Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit unter Berücksichtigung der geltenden Rechtsvorschriften **aufzuklären**

§ 60 KrWG

- Berechtigt und verpflichtet,

...
 - auf die Entwicklung und Einführung umweltfreundlicher und abfallarmer Verfahren und Erzeugnisse **hinzuwirken** bzw. daran **mitzuwirken**
- Jährliche Erstattung eines **schriftlichen Berichts** über die getroffenen und beabsichtigten Maßnahmen

Aufgaben und Pflichten im Überblick

- betriebsinterne Überwachung und Kontrolle
- Mitteilungspflicht bei festgestellten Mängeln
- Beratung, Information und Aufklärung
- Initiativ- und Unterstützungsfunktion bei der Einführung abfallarmer Verfahren oder Erzeugnisse

Betriebsbeauftragte für Abfall haben kraft Gesetzes keine Leitungsfunktion und sind auch nicht mit der eigenverantwortlichen Erfüllung von Unternehmerpflichten beauftragt!

Betriebsbeauftragte für Abfall haben rechtlich nur für die Erfüllung der Pflichten nach § 60 KrWG einzustehen.

Ausnahme: Bei gesonderter ausdrücklicher Beauftragung durch den Betriebsinhaber oder die Geschäftsführung mit der Leitung des Betriebs oder mit der Wahrnehmung von Betreiberpflichten

Verletzung der Pflichten von Betriebsbeauftragten für Abfälle

- ist nicht bußgeldbewehrt

(§ 69 KrWG enthält keinen Ordnungswidrigkeitentatbestand für Verstöße gegen § 60 KrWG)

- kann im Falle der Verwirklichung eines Straftatbestandes durch den Betrieb (z.B. unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen, § 326 StGB) dazu führen, dass Betriebsbeauftragte, die ihre Überwachungspflicht nach § 60 (1) Satz 2 Nr. 1 und 2 KrWG oder ihre Informationspflicht nach § 60 (1) Satz 2 Nr. 3 KrWG nicht wahrgenommen haben, wegen Unterlassung strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden

in diesem Fall prüft die Staatsanwaltschaft, ob und ggf. welche Versäumnisse vorliegen, und ob diese zur Verwirklichung des Straftatbestandes beigetragen haben

Tatvorwurf lautet in solchen Fällen meist auf „Beihilfe zur Umweltstraftat durch Unterlassen“

Verletzung der Pflichten von Betriebsbeauftragten für Abfälle

- **Entlastungsmöglichkeiten vom strafrechtlichen Vorwurf**

Vorbeugend:

- Regelmäßige Wahrnehmung von Überwachungs-, Kontroll- und Informationspflichten und deren zeitnahe Dokumentation insbesondere durch
- Erstellung von Protokollen über durchgeführte Kontrollen,
- Nachweis der Aufklärung von Betriebsangehörigen durch Schulungsprotokolle mit Angaben zu Inhalten und anwesenden Personen (Unterschriften!)
- Unverzögliche schriftliche Mitteilung von festgestellten Mängeln und Vorschlägen zur Mängelbeseitigung an die Geschäftsleitung mit Kopie zu den eigenen Unterlagen

Verletzung der Pflichten von Betriebsbeauftragten für Abfälle

- **Entlastungsmöglichkeiten vom strafrechtlichen Vorwurf**

Nach Einleitung eines Ermittlungsverfahrens unter Einbeziehung von Betriebsbeauftragten für Abfall:

- Bereithalten und ggf. Vorlage der Dokumentation über die Wahrnehmung von Überwachungs-, Kontroll- und Informationspflichten.
- Entlastende Wirkung kommt auch dem Umstand zu, dass der Betreiber die Arbeit des Betriebsbeauftragten für Abfall nicht ermöglicht hat, weil er dem Betriebsbeauftragten z.B. nicht die benötigten Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt, ihm den Besuch von Schulungsveranstaltungen oder den Bezug von Fachliteratur verweigert hat.
- **HINWEIS:**
Solange wie möglich sollte das Vorgehen der Verteidigung in einem Strafverfahren mit weiteren Beschuldigten abgestimmt werden. Abstimmung endet aber dann, wenn eine Selbstbelastung droht oder ersichtlich wird, dass ein „Sündenbock“ gesucht wird.

Zivilrechtliche Haftung

- **Verschuldensabhängige Haftung**, z.B. nach

§ 823 (1) BGB wegen vorsätzlicher oder fahrlässiger widerrechtlicher Verletzung eines geschützten Rechtsguts (Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, sonstiges Recht)

§ 823 (2) BGB in Verbindung mit einem Schutzgesetz (z.B. § 7 (3) KrWG – Pflicht zur ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung, § 15 (2) KrWG – Pflicht zur gemeinwohlverträglichen Beseitigung)

- **Verschuldensunabhängige Haftung** („Gefährdungshaftung“), z.B. nach

§ 89 WHG – Schaden durch Einleiten oder Hineingelangen von Stoffen in ein Gewässer

- **Voraussetzung für jegliche Haftung**: Schaden muss kausal auf die Verletzung von Pflichten der Betriebsbeauftragten für Abfall zurückzuführen sein.

Zivilrechtliche Haftung

Persönlich haften

- rechtsfähige Person
 - natürliche Personen
 - rechtsfähige juristische Personen (GmbH, AG; Stiftung o.ä.)
- für Arbeitnehmer gelten Haftungserleichterungen:

volle Haftung nur für Vorsatz,
Haftungsbeschränkung bei fahrlässiger Verursachung von Schäden

Anschluss- und Benutzungspflicht für Krankenhausabfälle

**Vortrag anlässlich des 9. Krankenhaus-Umwelttags NRW
Workshop 2 – Abfallrecht im Krankenhaus – Aktuelle Entwicklungen
am 02.10.2013 in Gelsenkirchen**

Vortrag von
Rechtsanwalt Ludolf C. Ernst
Köhler & Klett Rechtsanwälte Partnerschaft

Sachverhalt

Die in einem Krankenhaus anfallenden Abfälle der AVV-ASN 18 01 04 - „Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden (z. B. Wund- und Gipsverbände, Wäsche, Einwegkleidung, Windeln)“ sind bisher gemeinsam mit den nicht infektiösen gemischten Siedlungsabfällen als Beseitigungsabfall dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger überlassen worden.

Aus einer kürzlich durchgeführten Untersuchung der im Krankenhausbetrieb anfallenden Abfallfraktionen hat sich ergeben, dass die auf den Stationen getrennt gesammelten Abfälle der AVV-ASN 18 01 04 in erheblichem Umfang Kunststoffanteile enthalten.

Das Krankenhaus beabsichtigt, das Angebot eines Entsorgungsunternehmens anzunehmen, das die Abfälle der AVV-ASN 18 01 04 einer energetischen Verwertung in einem zur Verbrennung von Abfällen der AVV-ASN 18 01 04 zugelassenen Heizkraftwerk zuführen möchte.

Unterliegen Krankenhausabfälle der AVV-ASN 18 01 04 (sog. „B-Abfälle“) der Überlassungspflicht für Beseitigungsabfälle nach § 17 (1) Satz 2 KrWG?

Abfall zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen?

- Krankenhaus als **private Haushaltung** mit Möglichkeit der eigenständigen Haushaltsführung?
- Abfall **zur Beseitigung** oder **zur Verwertung**?
- Prüfung, ob Abfall zur Verwertung:
 - stoffliche Verwertung (Recycling) im Sinne von § 6 (1) Nr. 3 KrWG?
 - sonstige Verwertung (energetische Verwertung) im Sinne von § 6 (1) Nr. 4 KrWG?

Unterliegen Krankenhausabfälle der AVV-ASN 18 01 04 (sog. „B-Abfälle“) der Überlassungspflicht für Beseitigungsabfälle nach § 17 (1) Satz 2 KrWG?

Stoffliche Verwertung von B-Abfällen dürfte ausscheiden, da diese am Ort des Anfalls in reißfesten, feuchtigkeitsbeständigen und dichten Behältnissen zu sammeln und ohne Sortieren oder Umfüllen zu einer zentralen Sammelstelle zu befördern und dann ohne außerbetriebliche Vorbehandlung einer Verbrennung zuzuführen sind
(LAGA-Mitteilung M18 von September 2009, S. 18)

Sonstige Verwertung, insbesondere Verbrennung ist zulässig, wenn der Abfall dem Verwertungsverfahren „**Hauptverwendung als Brennstoff oder anderes Mittel der Energieerzeugung**“ nach Anlage 2 R1 KrWG zugeführt wird

Unter das Verwertungsverfahren R1 fallen neben für **die Mitverbrennung von Abfällen der AVV-ASN 18 01 04 zugelassene Kraftwerke** auch **Anlagen zur Verbrennung von festen Siedlungsabfällen** mit einem Energieeffizienzgrad von 60% für bis zum 31.12.2008 genehmigte Anlagen und von 65% für nach dem 31.12.2008 genehmigte Anlagen
(vgl. amtliche Anmerkung zu Anlage 2 R1 KrWG)

Werden Abfälle in solchen Anlagen eingesetzt, handelt es sich um Abfall zur Verwertung.

Handelt es sich bei Restbeständen ungebrauchter Medizinprodukte um Abfall?

Abfallbegriff \Rightarrow § 3 (1) KrWG:

Abfälle sind Stoffe oder Gegenstände, deren sich ihr Besitzer

- entledigt (z.B. durch Zuführung zu einem Beseitigungsverfahren nach Anlage 1 KrWG oder einem Verwertungsverfahren nach Anlage 2 KrWG oder durch Aufgabe des Besitzes unter Wegfall jeglicher weiteren Zweckbestimmung),
- entledigen will oder
- entledigen muss.

Konsequenz:

Fehlt es an einer faktischen Entledigung, einem auf Abfallentsorgung gerichteten Entledigungswillen und an einer Entledigungspflicht, ist der Abfallbegriff nicht erfüllt.

Handelt es sich bei Restbeständen ungebrauchter Medizinprodukte um Abfall?

Sollen ungebrauchte Medizinprodukte einer Entsorgung zugeführt werden, weil sie nicht mehr verwendet werden dürfen, ist ein Entledigungswille anzunehmen, weil die ursprüngliche Zweckbestimmung entfallen ist, ohne dass ein neuer Verwendungszweck unmittelbar an die Stelle der ursprünglichen Zweckbestimmung tritt (§ 3 (3) Satz 1 Nr. 2 KrWG).

Bei den ungebrauchten, nicht mehr verwendbaren Medizinprodukten handelt es damit um Abfall.

Restbestände ungebrauchter Medizinprodukte als Abfall zur Verwertung

- § 7 (2) Satz 2 KrWG: Verwertung hat Vorrang vor der Beseitigung.

Vorrang ist vom Besitzer des Abfalls zu prüfen.

- Prüfung der Verwertungsart unter Beachtung der Abfallhierarchie (§ 6 (1) KrWG):

Recycling (=stoffliche Verwertung) hat Vorrang vor sonstiger, insbesondere energetischer Verwertung

- § 7 (3) KrWG:

Verwertung muss

- ordnungsgemäß, d.h. im Einklang mit Vorschriften des KrWG und anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften (z.B. BImSchG, WHG) und
- schadlos, d.h. ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit erfolgen.

Restbestände ungebrauchter Medizinprodukte als Abfall zur Verwertung

- § 7 (2) Satz 2 KrWG: Verwertung hat Vorrang vor der Beseitigung.

Vorrang ist vom Besitzer des Abfalls zu prüfen.

- Prüfung der Verwertungsart unter Beachtung der Abfallhierarchie (§ 6 (1) KrWG):

Recycling (=stoffliche Verwertung) hat Vorrang vor sonstiger, insbesondere energetischer Verwertung

- § 7 (3) KrWG:

Verwertung muss

- ordnungsgemäß, d.h. im Einklang mit Vorschriften des KrWG und anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften (z.B. BImSchG, WHG) und
- schadlos, d.h. ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit erfolgen.

Restbestände ungebrauchter Medizinprodukte als Abfall zur Verwertung

- Bei der Verwertung von Medizinprodukten sind die Vorgaben der LAGA-Mitteilung M18 - „Vollzugshilfe zur Entsorgung von Abfällen aus Einrichtungen des Gesundheitswesens“ heranzuziehen, insbesondere die Vorgaben zu
 - Umgang mit spitzen und scharfen Gegenständen (AVV-ASN 18 01 01) (Sammlung, Transport und Entsorgung von Abfällen mit Risiko für Schnitt- oder Stichverletzungen in stich- und bruchfesten Einwegbehältnissen),
 - Unzulässigkeit einer stofflichen Verwertung, die ein Öffnen der Sammelbehältnisse voraussetzt,
 - Möglichkeit der gemeinsamen Entsorgung mit Abfällen nach AS 18 0104, solange die Belange des Arbeitsschutzes (insbesondere Schutz vor Verletzungen) beachtet werden.

Köhler & Klett

Ihre Kanzlei für Umwelt- und
Technikrecht in

Köln

Apostelnstraße 15/17
50667 Köln

T 0221 4207-0

F 0221 4207-255

Berlin

Friedrichstraße 185
10117 Berlin

T 030 235122-0

F 030 235122-23

München

Maximilianstr. 35 A
80539 München

T 089 24218211

F 089 24218300

Brüssel

Avenue Louise 109
1050 Bruxelles

T 0032 2 73444-46

F 0032 2 73444-46

Info@koehler-klett.de
www.koehler-klett.de